DATEN UND FAKTEN

Anhörung im Bundestag: Alleinerziehende in der Inflation nicht allein lassen

Berlin, 17. Juni 2022. Die aktuelle Inflation trifft viele Alleinerziehende so hart, da sie aufgrund ihres überproportional hohen Armutsrisikos keine finanziellen Puffer haben, um Preissteigerungen aufzufangen. In einer Anhörung am 20. Juni 2002 im Familienausschuss des Bundestages geht um einen Antrag der Union, die Unterstützung für Alleinerziehende fordert. Der Antrag gibt insbesondere mit der Forderung nach einer nur noch hälftigen Anrechnung des Kindesgeldes auf den Unterhaltsvorschuss, einer Erhöhung des Alleinerziehenden-Freibetrags beim Wohngeld sowie der Weiterentwicklung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende zu einem Steuerabzugsbetrag gute Ansätze, akut Alleinerziehende zu unterstützen, auch wenn hier jeweils noch weitergehende Reformbedarfe bestehen. Gleichzeitig ist jedoch ein umfassender Politikansatz notwendig, um von vornherein das Armutsrisiko von Alleinerziehenden zu senken.

Die vollständige Stellungnahme sowie die Pressemitteilung stehen unten als

Download für Sie bereit.

Dateien
VAMV_Stellungnahme_Anhoerung_AE_20062022.pdf 258 KB

Zurück

© Copyright 2024 VAMV Landesverband Niedersachsen e.V.